



Tagesordnung I Punkt 14 der öffentlichen Sitzung am 13. März 2012

Vorlagen-Nr. 12-F-08-0029

Gemeinschaftliches Wohnen

- Antrag der Fraktion LINKE&PIRATEN vom 7.3.2012 -

Gemeinschaftliches Wohnen von Menschen verschiedener Generationen und unterschiedlicher Familiengrößen wird in der Landeshauptstadt Wiesbaden wie in anderen Großstädten zunehmend gewünscht. Für gemeinschaftliches Wohnen geeignete Gebäude bzw. Wohnanlagen sind rar und - wenn vorhanden - nicht zuletzt aufgrund der erforderlichen Gemeinschaftsflächen und -räume für die meisten Menschen kaum bzw. immer schwerer bezahlbar.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat möge berichten,

- welche Gebäude und Wohnanlagen besonders im städtischen Bestand bzw. in den städtischen Gesellschaften vorhanden sind, die sich für gemeinschaftliches Wohnen eignen.

- welche baulichen Entwicklungsflächen in der Landeshauptstadt vorhanden sind und in absehbarer Zeit einer Bebauung zugeführt werden können, bei denen die Möglichkeit zu gemeinschaftlichem Wohnen vorgesehen werden kann.

- ob und wenn ja, welche Möglichkeiten der Magistrat ergreifen will, um gemeinschaftliches Wohnen zu fördern.

- ob und wenn ja, wie der Magistrat die in der Stadt vorhandene Initiative von Bürgerinnen und Bürgern für gemeinschaftliches Wohnen in Zukunft stärker unterstützen will.

Der Magistrat möge als ersten Schritt auf der Homepage der Landeshauptstadt Wiesbaden einen so genannten „Leerstandsmelder“ installieren, mit dem auf geeignete, verfügbare Gebäude und Wohnanlagen hingewiesen werden kann.

Beschluss Nr. 0050

Der Magistrat möge berichten,

ob und wenn ja, welche Möglichkeiten der Magistrat ergreifen will, um gemeinschaftliches Wohnen zu fördern.

Herrn Stadtverordnetenvorsteher
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .03.2012

Kessler
Vorsitzender

Der Stadtverordnetenvorsteher

Wiesbaden, .03.2012

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Nickel
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .03.2012

Dezernat IV
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Dr. Müller
Oberbürgermeister